

Anfrage

des Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic

an Herrn Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank

gemäß § 39 LGO

betreffend **Aufenthaltsrecht der Familie Torosian aus Hohenberg**

Begründung:

Die drohende Abschiebung einer völlig integrierten armenischen Familie sorgt in der Gemeinde Hohenberg/NÖ für große Unruhe. Die georgische Familie Torosian hat - so die Tageszeitung „Österreich“ - vor sechs Jahren in Österreich um Asyl angesucht, nachdem sie aus politischen und religiösen Gründen aus ihrer Heimat flüchten musste. Die österreichischen Behörden blieben jahrelang untätig. Die Familie ist inzwischen längst in Niederösterreich integriert. Vater und Tochter arbeiten bei der Freiwilligen Feuerwehr mit. Nun droht der Familie die Abschiebung. In Hohenberg ist inzwischen eine Welle der Hilfsbereitschaft losgebrochen. Die BewohnerInnen Hohenbergs setzen sich für „ihre“ Familie ein. Die Feuerwehr und der Bürgermeister haben bereits ein Bittgesuch an den Bundespräsidenten gestellt.

Die Unterfertigte stellt daher an den Herrn Landesrat folgende

Anfrage

1. Ist Ihnen der Fall der Familie Torosian in Hohenberg bekannt?
2. Was haben Sie bisher im Fall der Familie Torosian unternommen?
3. Werden Sie sich für den Verbleib der Familie Torosian einsetzen?
4. Werden Sie für einen humanitären Aufenthalt der Familie Torosian eintreten und welche Möglichkeiten haben Sie als für flüchtlingsangelegenheiten zuständiger Landesrat?
5. Haben Sie mit Innenminister Platter, der für Asyl- und Aufenthaltsfragen zuständig ist, bereits Gespräche über die Familie Torosian geführt? Wenn ja, was haben diese Gespräche gebracht?
6. Wie beurteilen Sie das Verhalten der Behörde, wenn völlig integrierte Familien aus Niederösterreich nach Jahren - gegen ihren Willen - in ihre Heimat abgeschoben werden sollen?

7. Werden Sie sich für eine Reform des unmenschlichen Fremdenrechtspaket 2005, das für derartige Härtefälle in ganz Österreich verantwortlich ist, einsetzen?
8. Nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz ist in erster Instanz der Landeshauptmann zuständig. Dieser kann wenn dies im Interesse der Einfachheit, Zweckmäßigkeit oder Sparsamkeit der Verwaltung gelegen ist, die Bezirksverwaltungsbehörden mit Verordnung ermächtigen, alle oder bestimmte Fälle in seinem Namen zu entscheiden. Wurde eine derartige Ermächtigung erteilt? Wenn ja, warum?
9. Wie viele AsylwerberInnen werden in Niederösterreich versorgt, deren Asylverfahren bereits länger als drei Jahre lang anhängig ist (aufgeschlüsselt nach der Verfahrensdauer in Jahren)? Wie viele davon sind in Privatunterkünften untergebracht?

LAbg. Dr. Madeleine Petrovic